

# General Anzeiger



## für Halle und den Saalkreis.

### Ämtliches Verordnungsblatt des Magistrats zu Halle a. S.

19. Jahrgang.

Wöchentliche Gratisbeilagen: „Haloische Familienblätter“ und „Der Bauernfreund“

**Halle'sches Tageblatt.**  
 Sonntagspreis 50 Pf., monatlich fest ins Quart.  
 Die Subskription der Halle'schen Quartalsblätter monatlich  
 durch die Halle'sche Druckerei (siehe Nummerblätter) Nr. 210  
 bezgl. Nr. 1 mit den Nummernblätter Nr. 240  
 monatlich über den Briefkasten.  
 Einzelnen Preis 20 Pf., pro Seite, auswärtige Postgebühren 30 Pf.  
 Refusoren 75 Pf., pro Seite. Beilagen nach Vereinbarung.  
 Druck-Expedition:  
 Große Ulrichstraße 16 (Halle'sche Druckerei)  
 Eröffnet täglich außer Sonntagen von 6 Uhr bis 11 Uhr.

**Halle'sche Reise- und Nachrichten.**  
 Gesamthaus der Redaktionen:  
 Wilhelmstraße 16 (Halle'sche Druckerei) unter  
 Zehnerhaus (Halle'sche Druckerei) unter  
 Jean Schmeider (Halle'sche Druckerei) unter  
 Alfred Wenzel (Halle'sche Druckerei) unter  
 Nummer 1 in Halle a. S.  
 Redaktion: Gr. Ulrichstraße 16 (Halle'sche Druckerei) unter  
 Expeditionsbüro 14-15 Uhr nachmittags.  
 Die Rückgabe unbenutzter Briefe ist nicht möglich.  
 Druck und Verlag von H. Schulz in Halle a. S.  
 — Preis pro Jahr 312 —

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

### Neueste Ereignisse.

Der Kaiser hat seine Ernennung zum Ehrenvorsitzenden des dänischen Kreuzer-Ordens angenommen; der Monarch ist am Sonnabend in Bergen eingetroffen.

Der Reichsanwalt Herr Bölow hat am Sonntag seinen Ehrentitel angetreten; er verbleibt bis Anfang Oktober in Nordern.

Der Finanzminister von Rheinland hat am Sonnabend in Köln bei der Einweihung des neuen Polizeidirektoriums eine bemerkenswerte Ansprache über die Aufgaben der Polizei gehalten.

In einem in Sachen des polnischen Schulstreits ergangenen Urteil spricht sich das Reichsgericht in grundsätzlicher Weise über das Recht zur Bestimmung der Unterrichtssprache im Religionsunterricht aus.

Der deutsche König hat Volk- und Jugendspiele in am Sonnabend in Stralsund (Vahle) eröffnet worden.

Die Einführung eines obligatorischen Schiedsgerichts ist auf der Friedenskonferenz beantragt und damit einer der wichtigsten Wünsche der Friedenskonferenz seiner Erfüllung um einen Schritt näher geführt worden.

Die meisten Pariser Blätter sind heute befristet über die Erklärungen Bismarck in der Kammer über die internationale Lage, speziell Deutsch- und Österreich; auch die „Rein. Ztg.“ äußert sich dazu.

### Deutschland und Frankreich.

Halle, 8. Juli.

In einem offenbar inspirierten Telegramm aus Berlin legt die „Allgemeine Zeitung“ über die Erklärungen des französischen Ministers Bismarck in der letzten Kammer Sitzung folgendes:

Wegen der Erklärungen Bismarck in der französischen Deputiertenkammer, die dort beifällig aufgenommen worden ist, sei auch von deutschen Standpunkten aus nichts einzuwenden. Namentlich bedürfen angemessenen diejenigen Ansstellungen, die auf Watolle Bezug haben. Es kann uns nur sehr angenehm sein, wenn von antiker französischer Seite im Gegensatz zu früheren Meinungen wieder französische Blätter der Welt der Verständigung anerkennen; mancher, der unter den Gelehrten in langer Abwesenheit, und wenn die Verständigung vordringender Schwierigkeiten auf die guten Beziehungen zurückgeführt wird, die zwischen den Gelehrten von Deutschland und Frankreich bestehen. Wiederholt ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß Deutschland nicht daran denkt, den Franzosen in Watolle bösartige Schwierigkeiten zu bereiten. Es geht nicht um die Benutzung, daß jetzt auch Bismarck durch seine Erklärungen ganz bekräftigt, daß das Gegenteil behauptenden Nachrichten zu widerlegen. Auch der Fall Etienne hat sich in der Nähe Bismarck in Watolle aufgelöst, und wenn Bismarck zu dem Schluß kam, daß Bismarck von Achtung und Freundschaft, die hervorgerufen

Franzosen in Deutschland erhalten haben, selbstverständlich auf die Beziehungen zwischen den Regierungen nur gute Wirkung haben können, so bewegt sich das durchaus im Rahmen der Möglichkeiten, die gestern hier über die Erklärung des Ministers veröffentlicht wurden. Davon, daß die Beziehungen zu Deutschland durchaus befreundet sind, nehmen wir sehr gern Kenntnis, wie hoffen, daß es auch vollständig so bleiben wird. Wir können bei jeder Gelegenheit die Bemerkung nicht unterdrücken, daß unteres Chancenzimmer eine ununterbrochene Erörterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und die Möglichkeit einer engeren Annäherung, wie sie jetzt von der Presse vorgeschlagen werden, nicht immer, trotz guten Willens, den gewünschten Erfolg verdrängen oder verhindern, sondern dieses fortwährende Bemühen auf einer runden Stelle eher der Erfolg hat, den Heilungsprozess zu verhindern. Uns Deutschen genügt es, daß, wie Bismarck sagt, die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland niemals getrennt sind, als jetzt. Das Weitere überlassen wir ruhig der naturgemäßen Entwicklung, die durch alle unsere Beziehungen nicht beeinflusst werden dürfte. Dieses Thema ist zu wichtig, als daß es als folgende Absatz in den Zeitungen eine gewisse Banalität annehmen sollte. (Siehe die Pariser Pressestelle unter Ausland. Neb.)

### Das Reichsgericht über den Schulstreit.

Halle, 8. Juli.

Das Reichsgericht hat sich jetzt in einem in Sachen des polnischen Schulstreits ergangenen Urteil in grundsätzlicher Weise über das Recht zur Bestimmung der Unterrichtssprache im Religionsunterricht ausgesprochen. Es wird darüber aus folgen gemeldet:

Seiner bisher schon in mehreren Schulstreitproben eingenommenen Standpunkt, daß die Wahl der Unterrichtssprache in den Volksschulen ausschließlich Sache des Staates sei, hat das Reichsgericht in einer neuen Entscheidung ganz ausdrücklich begründet. Zunächst fann, führte es aus, nicht die Rede davon sein, daß für die Entscheidung der Frage, welche Unterrichtssprache im katholischen Religionsunterricht angewandt wird, die Zuständigkeit der katholischen Kirche begründet oder auch nur eine Mitwirkung oder Beteiligung der Kirche erforderlich wäre. Denn nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, die durch die spätere Gesetzgebung nicht abgedrängt worden sind, unterliegen sämtliche Schulen der staatlichen Aufsicht. Die Wahl der Unterrichtssprache wird, wie die Wahl der Unterrichtsmittel überhaupt, vorwiegend durch Zweckmäßigkeit, nützlichsten bestimmt, zunächst durch die Rücksicht darauf, mittels welcher Sprache die vollkommenste Erziehung des nächsten und eigentlichen Unterrichtszweckes vertritt wird, hierüber hinaus durch die Rücksicht darauf, wie die neuen Lehren des Unterrichtszweckes von der Schule zu fordern Erziehung für das Leben und für die Zwecke des Staates besser gewährleistet wird. Unter diesen Umständen bildet die Wahl der Unterrichtssprache im Religionsunterricht eine Angelegenheit, die dem rein weltlichen Gebiet angehört. Diese Wahl läßt den tatsächlichen Inhalt der Religionslehre und der Glaubenslehre selbst ebenso unberührt wie die Freiheit des Bekenntnisses und der Religionsübung. Es kann daher weder die staatliche Anordnung über die Unterrichtssprache die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte beeinträchtigen, noch kann es Beachtung jenseits des Staates beanspruchen, wenn eine Religionsgesellschaft ihre An-

forderung über die nach dem Weisse allein dem Staate gebührende Wahl der Unterrichtssprache zu einem Glaubensfrage erhoben wollte. Soweit aber verfassungsmäßig der Volkswille ein Recht zur Mitwirkung bei Entscheidung der Frage der Schulaufstellung überhaupt und bei Entscheidung des Religionsunterrichts im besonderen eingeräumt ist, handelt es sich mit solcher Mitwirkung betrauten höchsten Behörden und Organe inoffiziell im Auftrag des Staates. Daraus folgt, daß sie ausschließlich dieselben Anordnungen unterworfen sind, ohne ein eigenes Bestimmungs- oder Genehmigungsrecht zu besitzen. Auch handelt es sich bei der Wahl der Unterrichtssprache weder um eine rein geistliche oder weltliche noch um eine lediglich pädagogische Angelegenheit. Vielmehr gehört die Regelung der Unterrichtssprache in der Volksschule um ihrer selbst willen der unmittelbaren und nachfolgenden Schulverwaltung herausragenden allgemeinen, darum nicht zum geringsten politischen Bedeutung recht eigentlich in das Gebiet der allgemeinen Staatsverwaltung.

### Politische Hebersicht.

#### Deutsches Reich.

• Berlin, 8. Juli. (Sohnnachrichten.) Die „Sohnnachrichten“ mit dem Kaiser am Bord nach am Sonnabend abends 10 Uhr, begleitet von dem Zepheusboot „Schnur“ in Bergen ein. Die „Sohnnachrichten“ nachteilig Saut mit der Festung und ging auf dem Vorderrud vor Anker. Der deutsche Gesandte in Christiania, welcher in Bergen eingetroffen war, sowie der deutsche Konsul in Norwegen sind sofort am Bord der „Sohnnachrichten“.

— (Der Erbprinz Friedrich von Baden.) am 9. Juli 1857 zu Karlsruhe geboren, heiratet am 2. Juli seinen 50. Geburtstag. Der Erbprinz ist bekanntlich der einzige Sohn des regierenden 80-jährigen Großherzogs Friedrich von Baden, aus dessen Ehe mit der Prinzessin Luise von Preußen, der Tochter Kaiser Wilhelm I. Er selbst ist seit dem 20. September 1885 mit der Prinzessin Hedra von Nassau verheiratet, der Tochter des letzten Herzogs Adolf von Nassau, des nachmaligen ersten Großherzogs von Luxemburg. Diese Ehe ist fruchtlos geblieben. Nach ungenügender Veranlassung wird bereitet sein Vater, der Prinz Max von Baden, beziehungsweise dessen Vaters, nach ihm die Thron des Großherzogtums Baden erben. Prinz Max von Baden ist am 10. Juli 1807 in Baden-Baden geboren, vollendet also am nächsten Mittwoch das 40. Jahr seines Lebens.

— (Der Reichsanwalt Herr Bölow) hat am Sonntag seinen Ehrentitel (Ehrentitel) angetreten und sich, wie in der Vorjahre, nach Nordern begeben. Der Aufenthalt in dem Norderebene ist bis Anfang Oktober vorgesehen.

— (Der König von Siam.) der sich auf einer Europareise befindet, tritt am 12. August nach Besuch des Herzogs Johann Albrecht in Braunschweig ein; seine Route ist auf den 16. August festgesetzt. Die Stadt plant zunächst dieses Besuchs verschiedene Veranstaltungen, u. a. ein großes Schmausieren auf dem Festungsplatz, eine Uebung der gesamten Feuerwehren, sowie eine Gedenkfeier der Wehrtaetigkeit. Zur Ausspannung der Stadt ist bereits ein größerer Betrag bewilligt worden.

— (Chinesische Würdenträger) treffen in Berlin ein. Man erwartet nämlich in Berlin unterrichtet werden die Ankunft von vierzig Mitgliedern des neuen chinesischen Gesandten am Berliner Hof, schon für die nächsten Tage. — Prinz Liatschun, Sohn des Prinzen Ting, der von seinem bisherigen Amt als Minister für Landwirtschaft, öffentliche Arbeiten

„Den Jagdwagen. Ich werde selbst kutschieren.“  
 „Der Jagdwagen ist nicht in Ordnung, Frau Gräfin.“  
 „Wie ist das möglich, dasche Frau. Dann ja! Ich bin der Diener an und bemerke wieder den sonderbaren Blick.“  
 „Gut. So nehmen Sie irgend einen andern!“  
 Der Diener ging.

Während Lisa sich umzog, kamen ihr allerlei sonderbare Gedanken: Was bedeutete die Vorsichtsmäßigkeit ihres Mannes? Weshalb hatte sie der Diener so sonderbar angesehen? Der Jagdwagen mußte in Ordnung sein. Sollten hatte ihr erst auf der Fahrt nach Gorce bemerkt. Sollte das Gange nicht wie eine Heberwachtung aus? War sie denn eine Gejangene?

Zur Hälfte war ihr die Freude schon verdoeben. Als sie aus dem Portal des Schlosses trat, stand der Wagen schon vor ihr.

Der Diener ihres Mannes war ihr beim Einsteigen beifällig.

„Wohin befehlen Frau Gräfin?“  
 Sie nannte den Namen der Bahnhstation. Er verbeugte sich und dem Diener auf dem Hof und dem Kutscher ein paar polnische Worte zu.

Dann zogen die Pferde an. Lisa entsann sich genau des Weges. Als sie etwa eine Stunde gefahren waren, bog der Kutscher bei einer Wegkreuzung nach links ab. Sie rief ihn an und erklärte, daß der Weg zur Bahnhstation geradeaus führe.

Der Diener wandte sich um, legte die Hand an den Hut und sagte etwas auf polnisch zum Kutscher. Dieser nickte, beugte aber die eingeholene Richtung bei.

Lisa mußte, daß die beiden nur wenige Worte deutsch verstanden. Es wäre also nutzlos gewesen, mit ihnen weiter zu verhandeln. Seine weiteren Widerspruch lehnte sie sich in die Rücken des Wagens zurück.

### Lisa Ginsberg.

Roman von Konrad Kemling. (Fortsetzung.) (Halle'sche Druckerei)

Er kam zur Beinnung. Er eilte ihr nach. Schon hatte er die Tür geöffnet — da trat ihn ein kalter abwehrender Blick aus ihren Augen, und er wagte nicht, zu sprechen.

Am nächsten Morgen fand sie einen Brief von ihm auf ihrem Schreibtisch; er sei nach Warschau gereist und werde in etwa acht Tagen wiederkommen.

Sie atmete auf; acht Tage Zeit, um zu überlegen und zur Ruhe zu kommen.

Am Mittag erhielt sie ein Telegramm von ihrem Vater aus Hamburg:

„Lady Wacbeth — Siegerin im Derby. Viel Glück. Dein Vater.“

Sie lächelte bitter. Die Suite hatte die Hoffnungen ihres Vaters besser erfüllt als sie. Wieder war es die häßliche Parallele, die sie zog. Schon am nächsten Tage erhielt sie den angefangenen Brief des Vaters.

Er schrieb voll Glück und Freude. Sanderson habe das Pferd für 50000 Mark zurückfallen wollen. Ob er es tun sollte? In drei Tagen wäre das große Rennen in Wresbaden, zu dem „Lady Wacbeth“ gleichfalls genannt ist. Darauf würde er nach Berlin zurückkehren. Wie es denn mit ihrer Heirat stände? Ob sie Verheiratet mit der Nachbarin hätte? Ob überhaupt Nachbarn da wären — fragte er scherzend — bei dem reizigen Grundbesitzes Soltans?

Mit einem schmerzlichen Lächeln legte sie den Brief aus der Hand.

Küßlich überkam sie eine große Sehnsucht nach dem Vater und nach der Heimat.

Wenn sie jetzt in Berlin mit ihm zusammenzutreffen könnte

— auf ein paar Tage nur! Der . . . wenn sie überhaupt wieder zu ihm könnte — ganz bei ihm bleiben!

Es war das erste Mal, daß sie an Freud dachte. Aber sofort wies sie diesen Gedanken wieder zurück. Wenn sie auch zu der festen Ueberzeugung gekommen war, daß sie dem Großen ihre Gattenpflicht für immer schuldig bleiben müßte — das hatte er wahrlich nicht um sie verdient, daß sie sich heimlich aus jenem Hause fortjähle. Im Gegenteil. Sie mußte sich wenigstens in jeder anderen Beziehung ganz jenem Willen unterwerfen; denn — hatte sie ihn nicht in der Tat betrogen? Ein unwahrscheinliches Verlangen war es, als sie ihn gebeten hatte, sie frei zu geben. Sie mußte ihm vielmehr dankbar sein, wenn sie bleiben durfte, um — zu führen.

Aber immer wieder brach die Sehnsucht nach dem Vater durch.

Wenigstens nach der Bahnhstation wollte sie einmal fahren: es waren ja nur zwei Stunden Weges. Seit sie der stolze Bierzug von dort nach Werfow gebracht hatte, hatte sie das kleine, rote, schillergebende Gebäude nicht wiedergegesehen. Schon der Anblick des Hauses würde ihr wohlthun — und der Anblick der Scheunenmiträge, die nach der Heimat führten.

Sie fragte nach dem Diener.

„Frau Gräfin befehlen?“  
 „Gehen Sie anspannen. Ich möchte ausfahren.“  
 Der Diener sah die Herrin mit einem sonderbaren Blick an und entgegnete:

Der Herr Graf hinterlegen noch, daß die Frau Gräfin bei etwaigen Ausfahrten Werfow's Gebiet nicht verlassen möchten. Die Gegend ist unruhig. Der Herr Graf sind sehr besorgt.“

Lisa fluchte. Aber wenn ich Kutscher und Diener bei mir habe, kann mir doch unmöglich etwas passieren.“

Der Diener zuckte mit den Schultern und fragte: „Welchen Wagen befehlen Frau Gräfin?“





